

Thema: Frauen, frauenspezifische

Weblink: [Artikel öffnen](#)

Kein Lohn: Frauen tappen oft in Altersarmut



Am Equal Care Day weist das Armutsnetzwerk auf jene Arbeiten hin, die Frauen unentgeltlich verrichten – wie die Betreuung von Kindern.

Somit steige das Risiko der Altersarmut: Diese ist bei Frauen um 50 Prozent höher als bei Männern. Gefordert sei vor allem die Politik.

Nach wie vor werde ein Großteil der unbezahlten Sorge- und Pflegearbeit von Frauen übernommen – und oft übersehen, so das Armutsnetzwerk Niederösterreich. Laut einer Zeitverwendungsstudie der Statistik Austria erledigen Frauen 64 Prozent der unbezahlten Familienarbeit. Dazu zählen unter anderem die Betreuung von Kindern, die Pflege von Angehörigen oder Arbeiten im Haushalt.

Die vielen unentgeltlichen Arbeiten von Frauen haben allerdings weitreichende Konsequenzen: Dadurch wird kein Geld in das Pensionssystem eingezahlt, somit steigt das Risiko für Frauen, in die Altersarmut abzurutschen. Die statistisch belegte Armutsgefährdungsquote sei bei Frauen um 50 Prozent höher im Vergleich zu über 65-jährigen Männern, wie Manuela Kräuter vom Verein Frauen für Frauen beim Pressetermin in St. Pölten betont.

Seit Jahren kaum eine Verbesserung

Diese Hürden, die Frauen auf dem Weg in die soziale Absicherung im Weg stehen, gebe es jedoch seit Jahren: „In den letzten vier Jahrzehnten gab es kaum eine Veränderung hin zu einer fairen Verteilung der unbezahlten Arbeit zwischen Frauen und Männern“, so Martina Eigelsreiter vom Büro für Diversität der Stadt St. Pölten. Dabei sind das keine Einzelschicksale, wenn Frauen in die Armut rutschen.

„Ob und in welchem Ausmaß Menschen sozial abgesichert sind, ist das Ergebnis politischer Entscheidungen“, so Barbara Bühler vom Armutsnetzwerk. Die Hürden seien gesellschaftlich geschaffen, könnten aber auch gesellschaftlich verändert werden, etwa durch frühzeitige Information und durch eine gute, soziale Infrastruktur, wie leistbaren Wohnraum und Wohnbauhilfe. Es brauche auch bessere Gesetze für soziale Sicherheit und Betreuungsmöglichkeiten, etwa für Kinder, so Bühler.

Frauen bekommen 41 Prozent weniger Pension

Dass Frauen mehr Arbeiten in der Familie und im Haushalt übernehmen, sei ein erheblicher Faktor für Teilzeitarbeit. Wodurch sich die finanzielle und soziale Lage der Frauen verschlechtert: Im Schnitt bekommen Frauen letztendlich in der Pension um 41 Prozent weniger als Männer, so Eigelsreiter. Auch deswegen, weil Frauen überdurchschnittlich oft in schlecht bezahlten Berufen und unterdurchschnittlich häufig in Führungspositionen zu finden sind, so Barbara Seyrl von arbeit plus – Soziale Unternehmen Niederösterreich.

Die Armut bei Frauen führe allerdings nicht nur zu „furchtbaren Schicksalen“, sondern auch zu Kosten im Gesundheitssystem und zu einem enormen volkswirtschaftlichen Schaden, so Kräuter. „Es ist unverständlich, dass der Staat kein größeres Interesse zeigt, die Kaufkraft älterer Frauen zu stärken, obwohl sie aufgrund ihrer längeren Lebenserwartung volkswirtschaftlich relevant sind.“

Fehlende Kinderbetreuung als Grund

Ein wichtiger weiterer Punkt, an dem es oft scheitert, ist die Kinderbetreuung. „In der praktischen Arbeit hören wir immer wieder, dass Frauen manche Jobs gar nicht beginnen können, weil sie um sieben in der Früh zu Arbeiten beginnen müssen, zu dieser Zeit aber ihre Kinder noch nirgends unterbringen können“, so Seyrl. Diese Angebote hätten sich teilweise gebessert in Niederösterreich, dennoch sei noch viel Luft nach oben. Auch für betreuungs- und pflegebedürftige Personen brauche es mehr Angebote, um Frauen zu entlasten, so Bühler.

„So lange es diese Benachteiligung am Arbeitsmarkt gibt, braucht es frauenspezifische Angebote“, so Seyrl. Die Mehrfachbelastungen sowie die psychische Belastung steige. Jene Berufe, in denen großteils Frauen tätig sind – also etwa Pflegeberufe, pädagogische Berufe und auch Dienstleistungsberufe haben teilweise nur Teilzeit-Angebote. Vollzeit sei hier oft gar nicht möglich.

Amnesty International kritisiert Sozialhilfe-Gesetz

Amnesty International sieht vor allem die Politik gefordert: Das Sozialhilfe-Grundgesetz sei nicht menschenrechtskonform. Eigentlich sollte es Menschen in prekären Lagen, und dabei häufig Frauen, als „letztes soziales Auffangnetz“ dienen. Da die Sozialhilfe eine subsidiäre Leistung ist, müssen die Betroffenen vor dem Antrag sämtliche sonstige Unterstützungsleistungen und auch Ansprüche gegenüber anderen ausschöpfen. Gerade für Frauen, die sich in Trennung befinden oder sich aus einer gewaltvollen Beziehung gelöst haben, könne dies faktisch oder psychisch sehr schwierig sein.

„Die Folge kann sein, dass Frauen lieber auf die Sozialhilfe verzichten, als, dass sie noch einmal in Kontakt mit ihrem Ex-Partner treten“, so Ronya Alev von Amnesty International. „Die Sozialhilfe lässt Menschen im Stich.“ Vom Bund fordert die Organisation deshalb eine Neugestaltung der Sozialhilfe, auch die Landesregierungen sollten die korrekte Umsetzung prüfen.

red, noe.ORF.at

ORF - Niederösterreich | 2024-03-01 | [Artikel öffnen](#)